



Finanzgruppe

Deutscher Sparkassen- und Giroverband

- Es gilt das gesprochene Wort. -

Rede

des Präsidenten des
Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes

Georg Fahrenschon

anlässlich des Forums „Geld und Haushalt“

am 14. März 2013 im Sparkassenhaus, Berlin

Anrede,

herzlich willkommen zum Forum Privater Haushalt im Sparkassenhaus! Um Geld und Haushalt dreht sich vieles in Berlin. Nicht weit von hier wird über den Bundeshaushalt entschieden. Die umliegenden Ministerien entscheiden über ihre Haushalte. Auch das Land Berlin entscheidet über seinen Haushalt ein paar Straßen weiter. Wenn dort überall verantwortungsvoll über Haushalte entschieden wird, trägt dies zu einer stabilen Finanzsituation in Deutschland bei.

Mindestens ebenso wichtig für unser Land wie diese großen Milliardenhaushalte sind die vielen privaten Haushalte. Seit Adenauer wird gerne darauf hingewiesen, dass die Familie die Keimzelle der Gesellschaft ist. Am heutigen Tag formuliere ich das etwas anders: Die Familie ist die Keimzelle der Stabilität in Deutschland.

Was geschieht, wenn private Haushalte überschuldet sind, ist derzeit in Spanien zu besichtigen. Dort haben während des Immobilienbooms viele Menschen Kredite zur Wohnungsfinanzierung aufgenommen. Als die Blase platzte, konnten sie die Kredite nicht zurückzahlen. Dies führte zu Kreditausfällen bei den Banken. Weil der Staat nun die kreditgebenden Banken retten muss, treibt ihn das selbst immer weiter in ein Schuldenproblem. Dazu kommt mangels Nachfrage eine lahrende Konjunktur. Beides zusammen ergibt eine gefährliche Mischung.

Die Frage, wie Familien und damit private Haushalte in ihrer Funktion als Keimzelle der Stabilität unterstützt werden können, hat also nicht nur eine soziale Komponente, sondern auch eine makroökonomische. Die Unterstützung muss von verschiedenen Seiten kommen, ich sehe besonders drei Akteursgruppen am Zug: erstens die Bildungseinrichtungen im Finanzbereich, zweitens die Kreditwirtschaft mit Blick auf das finanzielle Gleichgewicht ihrer Kunden, drittens eine Politik, die als Rahmensetzer und Antreiber Verbraucher angemessen schützt.

I.

Finanzbildung braucht heute einen höheren Stellenwert. Sie galt in den letzten Jahren häufig als veraltet. Sie war aus den Schulen weitestgehend verschwunden. Wer mit Bedacht Eigenvorsorge betrieb oder ein Haushaltsbuch führte, um Überblick über seine Ausgaben zu haben, galt als freudloser Spießler. Finanzbildung reduzierte sich darauf, die neuesten Börsenkurse ablesen zu können. Unser Beratungsdienst Geld und Haushalte hat diesen Trend nicht mitgemacht.

Sparkassen wurden vor 200 Jahren gegründet, um den Menschen bei der Eigenvorsorge zu helfen. Sie nehmen die Einlagen der Menschen entgegen und verzinsen sie rentierlich. Eng damit verbunden ist das, was damals „Erziehung zur Sparsamkeit“ genannt wurde. Sparkassen haben also seit jeher auch einen Bildungsauftrag. Wer seine finanzielle Situation durchschaut, geht nicht unüberlegt Risiken ein.

Entsprechend gibt es unseren Beratungsdienst Geld und Haushalt nun schon seit 1958. Seine Aufgabe ist es, die ökonomische Bildung der Bevölkerung und der Kunden mit kostenlosen Beratungsangeboten zu fördern. Wichtig ist, dass Geld und Haushalt sein Serviceangebot stetig modernisiert und erweitert. So ist der Dienst inzwischen auch multimedial im Internet zu finden. Geld und Haushalt ist der Beratungsdienst mit der größten Reichweite. Er ist der einzige Dienstleister dieser Art in Deutschland, der einen bundesweiten, flächendeckenden Vortragservice anbietet. Die Angebote des Vortragservice werden jedes Jahr von rund 1.000 sozialen Organisationen, Bildungseinrichtungen, Vereinen und Verbänden genutzt.

Über dieses Angebot hinaus wird die Wirtschaftsbildung in Schulen durch den Sparkassen-SchulService begleitet. Das nunmehr auch schon im 4. Jahrzehnt. Die Angebote sind für Sekundarstufe I und II, sowie für Grund- und Förderschulen ausgelegt und erreichen 75 Prozent aller Schulen.

Gerade in der Krise stellen wir aber ein steigendes Interesse an Beratungsangeboten fest. Viele Verbraucher sind verunsichert. Darauf gilt es zu reagieren. Ich sehe hier drei Ansatzpunkte:

- Erstens muss es darum gehen, die Vermittlung von Finanzbildung ständig zu optimieren, sei es durch zeitgemäße Ansprache oder aktuelle Inhalte. Geld und Haushalt wird dem gerecht, auch die heutige Veranstaltung dient diesem Ziel.
- Zweitens ist es wichtig, den Personenkreis, der in den Genuss dieser Angebote kommt, auszuweiten. Hier ist die Politik gefragt, vor allem mit Blick auf die Schulen. Es gibt in Deutschland längst noch keine flächendeckende Verankerung dieser Inhalte in den Lehrplänen. Neben der Politik sehe ich auch die Kreditwirtschaft am Zug. Wer hier in Deutschland sein Geld verdient, hat auch gegenüber seinen Kunden eine Verantwortung. So stolz wir auf Geld und Haushalt sind, im Sinne der Sache wäre ein stärkerer Beitrag der anderen hoch wünschenswert.
- Drittens muss das Themenspektrum der Finanzbildung erweitert werden. Um es mit einem Beispiel zu sagen: Die Ernährungsberatung beschränkt sich heute nicht mehr nur darauf, welche Inhaltsstoffe in einem Ei sind. Immer wichtiger wird, wie nachhaltig es erzeugt wird, da spielen etwa auch ethische Fragen eine Rolle.

II.

Beim Thema „Verantwortung der Kreditwirtschaft gegenüber ihren Kunden“ denken die meisten an die Bedeutung guter Beratung – zu Recht. Jedoch ist Beratung stets nur ein Ergebnis des jeweiligen Geschäftsmodells. Wenn es nun darum geht, private Haushalte zur Keimzelle der Stabilität zu machen, lohnt es sich, die Geschäftsmodelle der Kreditwirtschaft kritisch unter die Lupe zu nehmen. Denn Kunden sind dort besser aufgehoben, wo nachhaltige Geschäftsmodelle betrieben werden.

Nachhaltige Institute konzentrieren sich auf solides Bankgeschäft. Das heißt, sie nehmen die Einlagen von Kunden entgegen, verwahren sie sicher und legen sie so an, dass die Grundsubstanz erhalten und mindestens der inflationsbedingte Wertverlust ausgeglichen wird. In der heutigen Zinssituation ist das schon eine große Herausforderung. Zudem müssen diese Einlagen gebündelt und verlässlich für volkswirtschaftlich sinnvolle Investitionen wieder zur Verfügung gestellt werden. Hinzu kommt die Abwicklung von Zahlungsverkehrsströmen in einer Art und Weise, die allen Beteiligten Sicherheit vermittelt.

Man mag diese Beschreibung der Aufgaben von Kreditinstituten langweilig, vielleicht sogar simpel finden. Tatsache ist, dass viele Banken zum Schaden der Verbraucher diesen Basisanforderungen heute kaum mehr gerecht werden. Und das macht dieses Thema hochbrisant. Die meisten Banken stellen sich gar nicht der Aufgabe, möglichst vielen Bevölkerungsgruppen sichere Anlagemöglichkeiten zu bieten.

Ich finde, dass man in der heutigen Zeit von jedem Institut die Transparenz seines Geschäftsmodells erwarten kann. Sparkassen jedenfalls erklären ihr Geschäftsmodell und machen deutlich, was sie mit ihren Einlagen machen. Die Gelder fließen beispielsweise in die so wichtigen Mittelstandskredite für Unternehmen, die den Wohlstand vor Ort sichern. Aber auch die Finanzierung der Energiewende gibt uns viele neue Möglichkeiten, Einlagen einen für Kunden spürbaren Sinn zu geben. Für Sparkassen ergibt sich ein Gebot zur Transparenz bereits aufgrund ihres Öffentlichen Auftrages. Beim privaten Wettbewerb, davon bin ich überzeugt, wird es diese Transparenz erst geben, wenn sie zu einem Wettbewerbsvorteil wird. Der Kulturwandel in der Finanzwirtschaft hin zu ihren Grundfunktionen wird dann kommen, wenn es auch einen Kulturwandel auf der Nachfrageseite gibt. Deshalb sind hier Einrichtungen der Finanzbildung so wichtig.

Ich möchte an dieser Stelle aber gleich zu hohe Erwartungen an entsprechende Regulierungen der Finanzmärkte dämpfen. Ethisches Verhalten lässt sich nicht herbeiregulieren. Regulierung kann bestenfalls an den bereits bekannten Risiken ansetzen. Hier hat die Politik wenig erreicht. Im Moment sieht es so aus, dass kleine, regionale agierende Institute proportional zu ihrer Größe und zu ihren Risiken sehr viel stärker belastet werden als etwa Großbanken oder Hedgefonds, die im Moment gar nicht reguliert sind.

III.

Ähnlich ist die Situation bei den Regulierungsfragen rund um den Verbraucherschutz. Anstatt hier gezielt die schwarzen Schafe anzugehen, trifft es vor allem diejenige, die sich um ihre Kunden bestmöglich kümmern. Es gibt große Unterschiede im Finanzmarkt. Wir haben mit mehr als 15.000 Filialen und 130.000 Kundenberatern die geeignete Infrastruktur für gute Beratung aufgebaut. Einige Wettbewerber betreiben Kundenbetreuung dagegen bei einem Rechenzentrum auf Island und einem Callcenter irgendwo in Europa.

Wenn nun mit Bürokratie und Auflagen Beratung erschwert wird, bestraft das gerade die, die beraten wollen. Es belohnt diejenigen, die nicht beraten. Das verschlechtert den Verbraucher-

schutz. So wurde bei der Regulierung des ganz zentralen Themas „Wertpapierberatung“ der Bogen deutlich überspannt. Zum Schaden der privaten Haushalte. Gerade in Zeiten niedriger Zinsen gehören Wertpapiere, wie etwa Aktien, in das Anlageportfolio vieler Kunden. Worauf es ankommt, ist die individuell richtige Mischung mit Blick auf Anlageziele und Risikoneigung. Dafür braucht es aus unserer Sicht eine intensive und kompetente Beratung. Doch ausgerechnet hier setzt nun Regulierung an – das Beratungsprotokoll, das Produktinformationsblatt. Dies erschwert Beratung, indem es den Beratungsablauf bremst, Ressourcen bindet und die Kosten erhöht.

Hinzu kommt nun ein Berater- und Beschwerderegister. Diese Regulierung zielt auf die Berater selbst ab. Bei meinen Besuchen bei Sparkassen musste ich feststellen, dass einige Wertpapiere nur noch in der Hauptgeschäftsstelle anbieten, nicht aber in der Fläche. Bei den Genossenschaftsbanken ist eine ähnliche Entwicklung zu erkennen.

Dies bedeutet eine Gefahr für die Aktienkultur in der größten Volkswirtschaft in Europa. Und es ist wohl auch eine Fehlsteuerung, wenn das Ergebnis einer schärferen Regulierung weniger Beratung ist. Der Verbraucher hat so das Nachsehen. Bis vor kurzem galten Staatsanleihen in Europa als sogenannte Witwen- und Waisenpapiere: Zinsen ohne Risiko. Seit der Staatsschuldenkrise kann dies niemand mehr ernsthaft behaupten. Sicherheit wird durch Streuung der Anlageformen erreicht. Jedoch stellen wir fest, dass die Anleger in Deutschland nicht breit genug streuen und alleine dadurch schon unnötige Risiken eingehen. Dabei könnte eine breite Streuung die Hälfte der Risiken reduzieren, ohne Rendite einzubüßen.

IV.

Private Haushalte als Keimzelle der Stabilität – dazu können und müssen viele etwas beitragen – von den Bildungseinrichtungen, über die Finanzwirtschaft bis hin zur Politik. Über die Möglichkeiten und Chancen von Finanzentscheidungen sprechen wir auf dieser Tagung. Der Leitgedanke unseres Beratungsdienstes Geld und Haushalt ist jedenfalls aktueller denn je für private Haushalte. Er lautet: „Gut auskommen mit dem Einkommen.“

Für eine gute Beratung in diesem Sinne ist eine Frage von zentraler Bedeutung: „Was beeinflusst Finanzentscheidungen?“ Das ist eine ganz praktische Frage, weil die großen Finanzentscheidungen meist immer auch Lebensentscheidungen sind. Der Traum vom eigenen Haus hat über Jahrzehnte beträchtliche Auswirkungen auf das Budget einer Familie. Darüber hinaus haben Finanzentscheidungen immer auch mit ethischen Fragen zu tun, etwa mit den Geschäftsmodellen des Anbieters. Auch das halte ich für einen wichtigen Aspekt.

Nach dem ich nun viel an die Politik adressiert habe, freuen wir uns auf die Ausführungen von Herrn Staatssekretär Dr. Müller. Verehrter Herr Staatssekretär, ich weiß, dass uns die gemeinsame Sorge um die Verbraucher verbindet. Dissonanzen gibt es gelegentlich bei dem „Wie“. Herzlichen Dank, dass Sie heute zu uns sprechen. Wir sind sehr gespannt, was Sie uns zu sagen haben! Herr Dr. Müller, Sie haben das Wort!